POLNISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 5., 15. und 25. jeden Monats.

Heft 83. X. BAND 15. Januar 1918

INHALT:

Einzelpreis 40 Pfg. — Vierteljährlich 3.50 Mk.

Verlag der „Polnischen Blätter“
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstrasse Nr. 28.

POLEN

Wochenschrift für polnische Interessen

Redaktion und Administration:
Wien I, Wipplingerstrasse 12.

Herausgeber: Universitäts-Professor
Dr. Ladislaus Leopold Ritter v. Jaworski

Preis: 60 H. - 50 Pfg.

Postversand: Vierteljährlich 7 Kr. = 6,— Mk.

Nr. 83 15. Januar 1918

POLNISCHE BLÄTTER

Worum es sich handelt!

Die alte Welt geht aus den Fugen — eine neue kommt heran. Unter Sturm und blutigen Schmerzen entsteht eine neue politische und rechtliche Neuordnung in mehreren Weltteilen, der auch konsequenterweise eine soziale Neuordnung folgen wird. Was veraltet und morsch war, in erster Reihe die russische Autokratie, geht zugrunde; wenn die Diplomatie nicht versagt, so wird aus den Ruinen ein neues Leben entstehen. Wir sehen bereits die Anfänge desselben nicht nur keimen, sondern auch schon in rascher Entwicklung.

Im nordöstlichsten Zipfel Europas entstand eine Republik Finnland. Das kleine Volk mit einer großen Kultur, das schwer geprüfte Land, das alle Tücken und Gewalttaten des Zarismus kennen gelernt und dennoch nie verzweifelt und nie seinen Willen zur Selbständigkeit aufgegeben hat, dies Volk der praktischen Idealisten und idealistischer Beherrscher aller Wirklichkeitsgebiete — erlangt eine politische Daseinsform, die seinen Gefühlen und Gesinnungen am besten entspricht. Wir begrüßen die junge finnländische Republik und wünschen ihr eine gedeihliche, große Zukunft.

Zwischen Finnländern und Polen bestanden nie Gegensätze. Wir hoffen, in der Zukunft viele gemeinsame Punkte zu haben. Dagegen herrschten verderbliche Zwistigkeiten zwischen den Polen und den Ukrainern. Sie hatten viel zum Untergang Polens beigetragen, aber noch früher haben sie die Ukrainer unter das russische Joch gebracht. Unter barbarischer Verfolgung ihrer Kultur und Nationalität, wie sie unter polnischer Herrschaft nicht im entferntesten stattgefunden hat, haben die Ukrainer in nationaler Beziehung so viel gelitten, daß manchmal Zweifel an ihrer nationalen Fortexistenz, die die Russen immer leugneten, Platz gegriffen haben. Wir gehörten nicht zu den Verneinern; die Anhänger

der polnischen Unabhängigkeitsidee waren auch Anhänger einer unabhängigen Ukraine. Schon seit Jahren, als in Galizien manche ukrainische Patrioten das Wort „Unabhängigkeit“ scheuten, haben wir für dieselbe Propaganda gemacht. Jetzt, unerwartet, wie durch einen Zauberstab, ist die ukrainische Republik entstanden. Seit 250 Jahren ist kein ukrainisches Blut für die ukrainische Staatsidee geflossen; passiv, duldend, in seine melancholischen Weisen eingehüllt, lebte das ukrainische Volk seine Tage dahin, und so war es Jahrhunderte hindurch; das Gesetz aber der Individualisierung, das alle höheren Organismen beherrscht, machte sich auch hier geltend; alte Traditionen, aus Gesängen und Dichterworten geschöpfte Hoffnungen, schließlich materielle, agrarische Interessen bewirkten, daß fast in wenigen Wochen eine ukrainische Republik entstand. Wir haben keinen Anlaß, den alten Standpunkt der polnischen Aktivisten zu ändern. Wir sind uns aller Gegensätze zwischen Polen und der Ukraina bewußt; wir wollen auf das polnische Cholm — vergl. die Statistik in der vorigen Nummer der „Poln. Bl.“ — und auf das polnische Lemberg nicht verzichten; wir hoffen aber, daß zwischen beiden f r e i e n Staaten eine Verständigung möglich ist und auch erreicht werden wird.

Die Ukrainer haben jetzt schon einen Triumph zu verzeichnen. Jahrhundertelang waren sie passiv; am gegenwärtigen Krieg haben sie sich nicht beteiligt; ihre staatliche Vertretung erklärt, daß sie allen Kriegsparteien gegenüber neutral ist und daß die Ukraine ein Bestandteil des russischen Föderativstaates bleiben soll; dennoch wurde sie als gleichberechtigter Faktor zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zugelassen. Den Polen ist dies bis heute nicht zuteil geworden.

Auch das litauische Volk hat seinen Willen zur Selbständigkeit kundgetan. Solange Polen lebte, lebte auch die staatliche Selbständigkeit Litauens; in enger Bruderunion mit Polen, in zusammenfließender westeuropäischer Kultur, aber als Großherzogtum Litauen. Erst Rußland war es, das nicht nur den Staat Litauen vernichtete, sondern auch bestrebt war, selbst den Namen Litauen aus der Welt

zu schaffen; das gelang nicht. Wiederum waren es die Polen, die den Namen Litauen retteten, mit einem Glanz von Sehnsucht und unsterblicher Poesie umstrahlten. Einstweilen entstand eine Differenzierung, die in der Vergangenheit nicht vorhanden war: ein Unterschied zwischen dem nationalen und staatlichen Begriffe Litauen. Für die Selbständigkeit des litauischen Staates sind sämtliche Einwohner des Landes auch sämtliche Polen. Entgegen allen Verleumdungen und Fälschungen hinsichtlich des polnischen „Annexionismus“ sei hier nochmals festgestellt, daß wir alle für die Selbständigkeit des litauischen Staates, besonders aber des litauischen Volkes sind. Als Staatenunion denken sich die Polen das Verhältnis zwischen ihrem Vaterland und Litauen, und sollten die Litauer nicht willig sein, so gönnen ihnen die Polen ihre Selbständigkeit auf dem urlitauischen, reinlitauischen Territorium; nur können natürlich die Polen nicht einwilligen, daß polnische Mehrheiten, wie sie z. B. in der Stadt und im Kreis Wilno herrschen, unter fremde, wenn auch litauische Botmäßigkeit kommen. Wir wünschen also den Litauern die Erfüllung ihres nationalen Wunsches im Rahmen ihres ethnographischen Bestandes; wir werden immer an ihren Selbsterhaltungstrieb appellieren, der, jetzt wie vor fünf Jahrhunderten, ein Zusammengehen mit Polen erfordert, und werden uns gegen den litauischen Annexionismus in bezug auf Landteile, wo sie in verschwindender Minorität sind (Exemplum Wilno), mit aller Entschlossenheit wehren; diese Landesteile sollen naturgemäß in Verbindung mit Polen verbleiben.

Die Welt will auf neuen Grundlagen aufgebaut werden, weil die alten sich als morsch und faul und sowohl dem Gewissen und den Interessen der Menschheit entgegen erwiesen haben. Auch die Polen wollen nichts mehr und nichts weniger, als das, was aus der Tatsache, daß sie eine große lebendige Nation sind, und was jetzt die überwiegende Majorität der ganzen Welt und des deutschen Volkes will, sich ergibt. Sie wollen das, wozu sie eine tausendjährige Geschichte, eine alte Kultur, eine Vitalität von einigen 20 Millionen Volksgenossen, eine Unzahl von Opfern und Kraft- und Willensäußerungen, berechtigt. Sie wollen eben ein mit gleichen

Pflichten und Rechten ausgestattetes Glied der Welt sein, die der deutsche Philosoph Kant als einer der ersten prophezeite, des neuen Europa, wie das Wort der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg in seiner großen Rede nach der Einnahme Warschaus geprägt hat. Sie wollen nicht vergewaltigt und niedergerungen werden, worin sie auch durch den Beschluß der Reichsvertretung des deutschen Volkes bestärkt worden sind. Sie wollen ihre Zukunft sicherstellen in Uebereinstimmung mit der Erklärung des Reichskanzlers Graf Hertling, die in dem Satz gipfelte: „Was die Zukunft von Polen, Kurland, Litauen, Livland und Estland angeht, so können wir sie dem Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker überlassen. Wir erwarten, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gestaltung geben werden, welche ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht.“

Um dieses heilige Recht der Polen wie jeder Nation wütet gegenwärtig im ganzen Deutschen Reiche ein unseliger Kampf. Wir sind Beobachter eines gewaltigen Ringens zwischen zwei Weltanschauungen, nein, zwischen zwei Welten, von denen die alte mit aller Kraft und Leidenschaft sich zu salvieren versucht. Deutsche Tagesblätter, die wohl die Verhältnisse kennen, bezeichnen den Sinn der Krisis mit offenen Worten. Das Berliner Tageblatt vom 10. Januar d. J. schreibt:

„Es ist in der Tat bekannt, daß in den leitenden militärischen Kreisen, die jetzt erstrebte Lösung der polnischen Frage ohne Sympathie betrachtet wird, daß man lieber ein gewisses Stück von Polen dem Deutschen Reiche einverleiben möchte, um so eine strategisch günstige Grenze zu erhalten, und es fehlen nur bestimmte Mitteilungen darüber, bis wohin dieses Stück sich erstrecken soll. Sollte es sich nicht nur um eine sogenannte Grenzberichtigung, sondern um einen größeren Gebietsanspruch handeln, so würde man einer neuen Teilung Polens gegenüberstehen. Wir würden einen frischen Zuwachs an polnischen Bewohnern, und an feindselig gesinnten erhalten, und der Einfluß auf die Zustände in den östlichen Provinzen Preußens, und auf unsere ganze Polenpolitik, würde recht erheblich sein. Polen selbst, dessen durch so viele Verheißungen genährte Hoffnungen zerstört wären,

und das außerdem einen Teil seines Gebietes verlöre, würde das nicht verwinden, und jenseits der günstigen strategischen Grenzlinie säße dann ein immer schürendes Element. Wie unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn sich gestalten würde, kann unerörtert bleiben, aber es ist ja eine Tatsache, daß man in Wien den Anschluß Polens erstrebt. Dieser Idee der „strategischen Grenzsicherung", die von einer militärischen Anschauung ausgeht und das Politische erst in zweiter Reihe gelten läßt, ist, natürlich keineswegs von Herrn Kühlmann allein, sondern nach gemeinsamer Beratung der entscheidenden Persönlichkeiten, jenes Projekt vorgezogen worden, das man als „austro-polnische Lösung" zu bezeichnen pflegt. Polen soll, wie es ihm zugesagt wurde, ein selbständiger Staat werden, und es soll sich dort anschließen dürfen, wo es Anlehnung suchen will. Vereinigt es sich mit Oesterreich-Ungarn, so ist, nach dieser Berechnung, ein mit unserem Verbündeten zusammenhängendes Polen zwischen uns und Rußland gelegt, Rußland uns also ferngehalten, die „Grenzsicherung" erreicht."

Hier sehen wir noch ein Hantieren mit dem Worte „Grenzberichtigungen", was bei einem Demokraten des „Berliner Tageblatts" um so auffallender ist, als es ihm doch gut bekannt sein muß, wie ausdehnbar dieser Begriff ist und was darunter eigentlich gemeint wird. Der „Vorwärts" vom 11. d. M. präzisiert genau: „Es bestätigt sich, daß die eine Seite Teile der russischen Westprovinzen ohne Rücksicht auf nationale Zusammengehörigkeit zum Zweck der militärischen Sicherung und zur Erwerbung des polnischen Kohlendistrikts offen und einfach annektieren will, während die andere Seite, nämlich die diplomatische, auf dem Weg einer mehr oder minder anfechtbaren „Selbstbestimmung" zu ansehnlichen „Machterweiterungen" im Osten zu kommen hofft."

Solche und ähnliche Ideen, Rudimente alter Gefühle, die die Kulturwelt bereits in ihrer Majorität überwunden hat, wirbeln im Sturm der Leidenschaften und Interessen und bedrohen die Zukunft des polnischen Volkes und des polnischen Staates.

Es handelt sich um nichts geringeres, als die Beziehungen zwischen dem deutschen und polnischen Volke, die gegenwärtig vielleicht für Jahrhunderte festgelegt werden. Der größte vielleicht jetzt lebende deutsche Geschichtsforscher, Max Lehmann, Professor Hans Delbrück und andere, aber auch unser Feind, der Historiker Dietrich Schäfer, geben zu, daß die Deutschen keinen besseren und ruhigeren Nachbar in den letzten Jahrhunderten hatten, als einst den polnischen Staat; mit keinem Nachbar wurden so wenige Kriege Kriege geführt, wie mit dem polnischen. Nicht Polen ist es gewesen, das eine Teilung des befreundeten Staates vornahm. Ein Gelehrter, der gegenwärtig hoher Beamter ist, Hans F. Helmolt, beginnt seine neueste Arbeit „Die Wiederherstellung Polens" (Gotha, bei Perthes) mit den Worten: „Die Aufteilung Polens war mehr als ein Verbrechen: sie war ein Fehler." Es entstand eine Erbitterung, die während der folgenden Politik von fünf Vierteljahrhunderten, besonders aber der letzten 30 Jahre, ungemein zunahm und die Kluft zwischen beiden Nationen vertiefte.

Soll das ewig dauern? Jetzt ist die Stunde der Entscheidung.

Die ganze Welt will ein unabhängiges, möglichst großes Polen. Wir zitieren nicht die Lockworte der Feinde Deutschlands und Oesterreich-Ungarns! Wir haben ihnen keinen Glauben geschenkt, als es sich vor dem Kriege um die Organisierung eines Ringes gegen die Mittelmächte handelte; wir haben ihnen keinen Glauben geschenkt in den Stunden, z. B. Ende 1914 und Anfang 1915, als die militärische Lage der Mittelmächte nicht glänzend war, wir werden es auch jetzt nicht tun. Die Tatsache ist aber nicht wegzuleugnen, daß die ganze Welt jetzt für Polen eintritt. An dem guten Willen Oesterreich-Ungarns besteht bei den Polen kein Zweifel. Jetzt haben wir das äußerste erlebt, nämlich daß Rußland sein Desinteressement Polen gegenüber erklärt hat. Die deutsche Reichsregierung und die Mehrheit des Deutschen Reichstages haben sich auf den Boden der Selbstbestimmung auch des polnischen Volkes gestellt. Sollen recht behalten diejenigen Elemente in Deutschland, die sich alle Mühe geben,

der Welt zu beweisen, daß in der Polenfrage einzig und allein der Deutsche der Feind ist?

Die Kraft der polnischen Nation ist unbeugsam. Wenn sie während der letzten hundert Jahre zunahm, desto mehr wird es unter allen Umständen jetzt der Fall sein. Polen an Rußland schlagen — das heißt einen Pagslavismus und einen Rassenkampf organisieren, wie ihn die Welt nie gesehen hat; Polen teilen wollen — das heißt einen Vulkan schaffen. Polen und Deutschland sind Nachbarvölker, die nicht durch polnisches Verschulden Gegner geworden sind; jetzt kommt die Stunde der Entscheidung für alle Zeiten. Die ganze Welt ist für Polen; wir glauben, auch die Majorität der denkenden Deutschen; die Tatsachen werden bald erweisen, wer der Feind ist...

Der polnische Regentschaftsrat in Berlin und in Wien.

Die Regenten des Königreichs Polen, Erzbischof Dr. v. Kakowski, Fürst Lubomirski und Herr v. Ostrowski, haben die schon vor längerer Zeit beabsichtigte Reise nach Berlin angetreten. In ihrer Begleitung befanden sich Ministerpräsident v. Kucharzewski mit dem Sekretär des Ministerpräsidiums v. Okolowicz, der Chef des Zivilkabinetts Prälat v. Chelmicki mit dem Referenten Grafen Georg v. Tarnowski, Prinz Franz Radziwill, Kommandant der Warschauer Stadtmiliz. Graf v. Hutten-Czapski wurde beauftragt, die Regenten auf der Reise nach Deutschland zu begleiten.

Auf dem Bahnhof Friedrichstraße hatten sich am 7. Januar früh zur Begrüßung im Namen des Kaisers der Oberstkommandierende in den Marken und Gouverneur von Berlin, Generaloberst v. Kessel, außerdem der dem Regentschaftsrate ebenfalls beigegebene Oberregierungsrat Graf Lerchenfeld, kaiserlicher Regierungskommissar beim provisorischen Staatsrat im Königreich Polen und Botschaftsrat Prinz Hatzfeld vom Auswärtigen Amt eingefunden.

Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ begrüßte die hohen Gäste mit einem warmempfundenen Aufsatz, in dem es hieß: „Wir begrüßen die Regenten anläßlich ihres Staatsbesuches in Deutschland auf das herzlichste und wünschen ihrer schweren, verantwortungsvollen Aufgabe, die ihnen ihr hohes Amt in dem werdenden Königreich Polen auferlegt, die zu dauernden vertrauensvollen und freund-

schaftlichen Beziehungen zwischen beiden Reichen führen möge, einen vollen Erfolg.“

Nach einer Reihe von offiziellen Visiten fand zu Ehren der Warschauer Gäste ein Empfang beim Reichskanzler statt. Am 8. Januar wurden die Mitglieder des Regentschaftsrates, der Ministerpräsident v. Kucharzewski und die anderen Herren der polnischen Deputation sowie die Herren der Begleitung mittags vom Kaiser in Gegenwart des Reichskanzlers und des stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen empfangen. Die Einführung der polnischen Deputation geschah durch den Oberhof- und Hausmarschall und den Einführer des diplomatischen Korps. Bei dem Empfang richtete Fürst Lubomirski namens des Regentschaftsrates folgende Ansprache an den Kaiser:

Kaiserliche und Königliche Majestät!

Wir sind glücklich darüber, daß es uns vergönnt ist, Euerer Kaiserlichen Majestät heute persönlich unsere tiefste Verehrung aussprechen zu dürfen und unsere tief empfundene Dankbarkeit für die Akte auszudrücken, die unserem Vaterlande das staatliche Leben in Gestalt einer unabhängigen, polnischen Monarchie wiedergegeben haben.

Unverbrüchlich vertrauen wir darauf, daß Euere Majestät, angesichts der großen ihrer Lösung harrenden Aufgaben, das begonnene Werk geschichtlicher Gerechtigkeit in Gemeinschaft mit dem erlauchten Verbündeten glorreich vollenden werden und dem entstehenden Staat durch Schaffung der für seinen dauernden Aufschwung erforderlichen Lebensbedingungen Allerhöchst Ihre mächtige Hilfe angedeihen lassen werden.

Wir sind auch fest davon überzeugt, daß nach Festlegung und Verwirklichung der dem polnischen Staat zustehenden Rechte wir Polen gemeinsam mit der deutschen Nation die großen Ziele verfolgen werden, die das Wohl der Menschheit und den allgemeinen Frieden verbürgen.

Wir wissen, daß Euere Kaiserliche Majestät, die großen Aufgaben der Zukunft mit Ihrem tiefen und schaffenden Geist übersehend, dem deutschen Volk ein Führer auf dem Wege sein werden, dessen Ziel das friedliche und segensreiche Zusammenwirken aller Völker ist.

In dem wiedererstandenen Vaterlande werden wir die

Bekenner dieser Grundsätze sein. In der erhabenen Person Euerer Kaiserlichen Majestät erblicken wir aber und begrüßen wir den Vorkämpfer und den Hort derjenigen Grundsätze, welche die Welt beherrschen und allen Schichten der menschlichen Volksgemeinschaft Glück und Segen bringen sollen.

Der Kaiser antwortete:

Hochwürdige und erlauchte Herren des Regentschaftsrates!

Es gereicht Mir zur aufrichtigen Freude, Sie als die berufenen Vertreter des polnischen Staates in Meiner Haupt- und Residenzstadt begrüßen zu können. Mit lebhafter Genugtuung entnehme Ich aus Ihren Worten, daß Sie in den von Meinen hohen Verbündeten und Mir vollzogenen Akten die Erfüllung des langgehegten Wunsches des polnischen Volkes auf Wiedererrichtung eines selbständigen Königreichs Polen erblicken, und daß Sie glauben, Ihrem Vaterlande am besten zu dienen, wenn Sie in Gemeinschaft mit dem Deutschen Reich und der österreichisch-ungarischen Monarchie die Ziele verfolgen, die das Wohl der Menschheit und das friedliche Zusammenwirken der Völker verbürgen. Gegenüber den Verunglimpfungen der Feinde empfinde Ich es mit Dank, daß Sie meinem unablässigen Bemühen, in einer bald 30-jährigen Regierungszeit ein Vorkämpfer und Schirmer dieser Grundsätze zu sein, tiefes Verständnis entgegenbringen. Möge es Ihnen, hochwürdige und erlauchte Herren, vergönnt sein, in erfolgreicher Arbeit dem polnischen Staate die Grundlagen zu geben, die seine friedliche Weiterentwicklung als ein Element der Ordnung, des Fortschritts und der Kultur gewährleisten. Meiner und Meiner Regierung voller Unterstützung können Sie hierbei versichert sein.

Im Laufe ihres Berliner Aufenthaltes hatten die Vertreter Polens Gelegenheit, eine Abordnung der polnischen Fraktion des Reichstages zu empfangen. In ihrem Namen sprach Fraktionsvorsitzender Fürst Ferdinand Radziwill. Er drückte seine herzliche Freude darüber aus, daß er die Gelegenheit habe, die Vertreter der polnischen Krone und polnischen Regierung zu begrüßen, und sprach seine brüderlichen Gefühle und Glückwünsche aus. In gleicher Weise antwortete der Erzbischof Kakowski, worauf sich die Herren eine

halbe Stunde zwanglos unterhielten und die polnischen Verhältnisse besprachen.

Zu Ehren der Warschauer Gäste haben Empfänge beim Staatssekretär Exzellenz Wallraf, beim Unterstaatssekretär von dem Bussche, beim Fürsten Radziwill und Grafen Hutten-Czapski stattgefunden. Am 9. Januar verließen die Herren Berlin, um ihre Reise nach Wien anzutreten.

Vor seiner Abreise empfing der Ministerpräsident v. Kucharzewski den Leiter des polnischen Pressebüros in Berlin und teilte ihm folgendes mit:

Unsere Verhandlungen in Berlin betrafen eine ganze Reihe von vitalen Angelegenheiten unseres jungen Königreiches. Wir hatten die Ehre, Seiner Majestät die dringendsten Wünsche unseres Vaterlandes vorzutragen und mit den zuständigen Leitern der Reichsbehörde die wichtigsten laufenden Fragen eingehend zu erörtern. Insbesondere wurden folgende Fragen besprochen: Die Teilnahme der polnischen Regierung an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und die Schaffung einer polnischen Armee auf breiter nationaler Basis; in dieser militärischen Angelegenheit legten wir ein Organisationsprojekt vor, das bereits vom polnischen Ministerrat und vom Regentschaftsrat genehmigt worden ist. Ferner wurde die Aufhebung einer ganzen Reihe Ausnahmemaßregeln im Königreich Polen angeregt, die für die Bevölkerung besonders drückend sind. In Sachen der Requirierung von Eisen haben wir eine Denkschrift vorgelegt. Großes Gewicht legten wir auf die Erlangung einer Amnestie und die Zurückziehung einer ganzen Reihe, einzelne Persönlichkeiten betreffender Maßregeln.

Mit dem Herrn Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern verhandelten wir über die bevorstehende Organisierung des Staatsrates. Sehr wichtig war für uns die Ausführung unseres Projektes über die Schaffung von polnischen Auslandsvertretungen in den Hauptstädten der Zentralmächte, wie auch der befreundeten und neutralen Mächte. In allgemeinen Umrissen wurde die Verfügung besprochen, die die Uebernahme derjenigen Verwaltungszweige, die bisher in den Händen der Okkupationsbehörden sich befinden, durch die polnische Regierung ermöglichen und beschleunigen soll.

Selbstverständlich haben wir auch Informationen eingeholt über die hier herrschende Auffassung, die die Möglichkeit der Regulierung der zukünftigen Gestaltung unseres Vaterlandes betrifft.

Erzbischof Kakowski empfing den Vertreter des Loc. Anz., Herrn Dr. Nossig, und erklärte ihm folgendes:

„Ich freue mich, daß mir die Gelegenheit geboten war, dem Kaiser für alles, was er bis jetzt für Polen getan hat, den Dank auszusprechen. Die Politik ist nicht mein Gebiet. Ich kann nur eines sagen: daß wir unser Land mit allen Fasern unseres Herzens lieben und bereit sind, jedes Opfer für dasselbe zu bringen. Was die Erreichung unserer Wünsche betrifft, so zähle ich dabei mehr auf die göttliche als auf menschliche Hilfe. Was ist Menschenwerk und Menschenmacht? Die Ereignisse der letzten Jahre haben uns darüber belehrt. Mich beseelt jedoch die frohe Hoffnung, daß gerade jene unendlich größere Gewalt, die die Geschicke bestimmt, unsere Bestrebungen zum Gelingen führen wird.“

Auch Prälat Dr. Chelmicki empfing denselben Berichterstatter.

„Die polnischen Regenten“ — so führte der Prälat aus — „sind nach Berlin gekommen, um für den Akt vom 12. September ihren Dank auszusprechen und hinsichtlich der noch schwebenden, die polnische Staatlichkeit betreffenden Fragen mit den maßgebenden Reichsstellen Fühlung zu nehmen. Für die politischen Angelegenheiten ist Ministerpräsident Dr. von Kucharzewski zuständig. Was mich betrifft, so widme ich mich in meinem Charakter als Chef des Zivilkabinetts und Generalsekretärs des Regentschaftsrates zunächst hauptsächlich einer Aufgabe. Ich bestrebe mich, die schweren Wunden, welche der Krieg und die Uebergangszeit bis zur Konstituierung des polnischen Staatswesens an unserem Volkskörper zurückgelassen haben, nach Möglichkeit heilen zu lassen. Vielleicht ist niemand in der Lage, das ganze Maß von Unglück und Leiden, die auf unserem Lande noch lasten, besser zu erfassen als ich; denn zu meinem Bureau, zur Tür des Regentschaftsrates kommen die Leidtragenden in endlosen Scharen gepilgert. Sicherlich können weder wir

noch die Okkupationsbehörden alle Mißstände von heute auf morgen beseitigen. Gewisse Punkte aber gibt es, die bei freundlicher Stellungnahme der Spitzen des Deutschen Reiches schon in der allernächsten Zeit ihre Lösung finden könnten. Dahin gehören manche Verfügungen, die in einer früheren Periode, infolge der ungeklärten politischen Lage in unserem Lande vom Standpunkt der Okkupationsbehörden notwendig erscheinen mochten, heute aber keine innere Berechtigung mehr haben. Demnach vor allem die aus politischen Gründen verordneten Gefängnisstrafen und Internierungen.

Ein Anfang in dieser Richtung ist ja bereits gemacht worden. Anläßlich der Einsetzung des Regentschaftsrates wurde eine Amnestie verkündet. Diese kam jedoch nur insgesamt 1234 Personen zugute. Alles in allem wurden diesen 1234 Verurteilten erlassen: 24 Jahre 5 Monate Zuchthaus, 22 Jahre 10 Monate Gefängnis und 6 Monate 20 Tage sonstige Strafen. Die Geldstrafen wurden bloß um 22706 Mk. verringert. Wir werden also dahin vorstellig werden, daß die Amnestie in noch weiterem Umfang Anwendung finden möge.

Was die wegen politischer Unzuverlässigkeit Inhaftierten betrifft, so übernimmt heute die polnische Regierung jede Verantwortung dafür, daß die Betreffenden nach ihrer Freilassung weder der Armee noch den Zivilbehörden der Okkupation irgendwie unbequem werden. Schließlich bleibt noch die Frage der internierten Legionäre zu regeln: 1700 Mann in Lomża 128 Offiziere in Benjaminow. Die Verfügung wurde für kurze Zeit getroffen; inzwischen ist jedoch ein halbes Jahr verflossen.

Alles das wird bei uns in weiten Kreisen äußerst schmerzlich empfunden und erzeugt zwecklose Beunruhigung. Wir wissen, daß die Behörden ihre Pflicht tun müssen und aus eigener Machtvollkommenheit keine Anderungen zu treffen befugt sind. Wohl aber kann hier die kaiserliche Gnade helfend eingreifen. Daß General von Beseler einen solchen Entschluß der Allerhöchsten Stelle im Interesse der Besserung der Verhältnisse in unserem Lande lebhaft begrüßen würde, glauben wir bestimmt annehmen zu können. Um

so hoffnungsvoller wenden wir uns an den Kaiser, dem in diesen Angelegenheiten eine Bitte vorgelegt werden wird.

Wenn ich von der Amnestie spreche, so geschieht es deshalb, weil sie meinem speziellen Wirkungskreis angehört. Selbstverständlich sollen noch viele andere Fragen behandelt werden, wie die der Versorgung mit Lebensmitteln, die der Etappen, der durch die Okkupation geschaffenen inneren Grenzen, der Armee usw. Hinsichtlich dieser Fragen findet eine Reihe von Fachkonferenzen statt."

Am 11. Januar sind die Mitglieder des Regentschaftsrates mit dem Ministerpräsidenten und Gefolge in Wien eingetroffen. In Vertretung des Kaisers Karl wurden sie im Bahnhofe vom Erzherzog Rainer begrüßt; als Gäste des Kaisers sind sie in der Hofburg abgestiegen.

Am 12. Januar sind die Gäste vom Kaiser empfangen worden.

Herr von Ostrowski hielt an den Kaiser folgende Ansprache: „Euer kaiserliche und königliche Apostolische Majestät! Wir sind glücklich darüber, daß es uns vergönnt ist, Eurer Majestät heute persönlich unsere tiefste Verehrung ausdrücken zu dürfen und unsere tief empfundene Dankbarkeit für die Akte auszudrücken, die unserem Vaterlande das staatliche Leben neu geschaffen und eine unabhängige polnische Monarchie wiedergegeben haben. Unser unverbrüchliches Vertrauen setzen wir darauf, daß Euer Majestät angesichts der großen ihrer Lösung harrenden Aufgaben das begonnene Werk mit Gerechtigkeit in Gemeinschaft mit dem erlauchten Verbündeten glorreich vollenden werden. In Euer Majestät begrüßen wir den mächtigen Monarchen, der an der Ueberlieferung seines erlauchten Hauses festhaltend, von wohlwollenden Gefühlen gegenüber dem polnischen Volke beseelt ist. Wir sind überzeugt, daß Euer Majestät die großen Aufgaben der Zukunft mit Ihrem tiefen und schaffenden Geiste übersehen und aus Ihrer Großherzigkeit die Kraft schöpft, Ihren Völkern ein Führer auf dem Wege zu sein, dessen Ziel das friedliche und segensreiche Zusammenwirken aller Völker ist. In der erhabenen Person Eurer kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät erblicken wir den Vorkämpfer und den Hort derjenigen Grundsätze, welche die Welt beherrschen und allen Völkern der Völkergemeinschaft Glück und Segen bringen sollen."

Der Kaiser antwortete hierauf wie folgt: Erlauchte Herren des Regentschaftsrates! Mit aufrichtiger Freude begrüße ich in Ihnen die Träger der obersten Würde des polnischen Staates und heiße Sie herzlich willkommen. Die warmen Worte, die Sie an mich gerichtet haben, erfüllen mich mit lebhafter Freude und ganz

besonders mit Genugtuung. Ich ersehe daraus, daß Sie in dem von meinem in Gott ruhenden Großoheim im Verein mit Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, begonnenen Werke, dessen Fortsetzung ich, von dem gleichen tiefen Interesse für Polen gelenkt, übernommen habe, die sicherste Gewähr erblicken, die Wünsche der polnischen Nation zur Verwirklichung zu bringen. Es hat unserer traditionellen Sympathie für Polen und der von uns stets befolgten Politik entsprochen, daß wir das alte ruhmreiche polnische Königreich wieder zu neuem Leben erstehen lassen konnten. Bei den Kämpfen der verbündeten Heere, die auch die Befreiung Polens herbeigeführt haben, haben die polnischen Legionen viele Beweise hervorragender Tapferkeit gegeben und sich ein dauerndes Ruhmesblatt in der Geschichte Ihrer Nation zu sichern gewußt. Die polnische Kultur und Sprache haben in der Monarchie stets eine sichere Heimstätte gefunden, und zahlreiche hervorragende polnische Staatsmänner haben an dem großen Regierungswerke meines erhabenen Vorgängers erfolgreich mitgearbeitet. Die aus dieser Beziehung herrührenden Gefühle des gegenseitigen Vertrauens werden hoffentlich künftighin eine weitere Vertiefung erfahren und die Bürgschaft dafür bieten, daß das polnische Volk in gemeinsamer kultureller Arbeit mit den Mächten, denen es seine Wiederaufrichtung zur staatlichen Existenz verdankt, sein Glück und seine Zukunft suchen wird. Auf meine und meiner Regierung kräftigste und wohlwollendste Unterstützung können Sie unter allen Umständen rechnen. Die Hauptaufgabe des Ausbaues des polnischen Staates fällt aber Ihnen, erlauchte Herren des Regentschaftsrates, als den derzeitigen Trägern der polnischen Staatssouveränität, zu und Sie werden diese hehre Aufgabe mit dem Beistande der göttlichen Vorsehung glücklich zu Ende führen. Ich hoffe zuversichtlich, daß dieses große patriotische Werk Ihnen voll gelingen wird, und daß Polen ein blühender Staat sowie ein Hort des Friedens und eine Stätte der Zivilisation im Osten sein wird.

Nach dem Empfange beim Kaiser wurden die Mitglieder des Regentschaftsrates von Ihrer Majestät der Kaiserin in Audienz empfangen.

Zur polnisch-litauischen Frage.

Erklärung.

In manchen litauischen Kreisen ist die Tendenz zum Ausdruck gekommen, einen selbständigen litauischen Staat zu bilden, der nicht mit Polen vereinigt ist, in den Grenzen des ethnographischen Litauens bleiben soll, wobei aber die For-

derung aufgestellt wird, Wilno mit Umgebung diesem litauischen Staate anzugliedern. Diese letzte Forderung findet Unterstützung bei einem Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland. Angesichts dessen, sowie dem Umstand Rechnung tragend, daß die Aspirationen der litauisch sprechenden Litauer auf einen selbständigen litauischen Staat das auf die Geschichte gestützte und für beide Teile günstige Programm der Wiedererstehung des ehemaligen Großfürstentums Litauen in seinen alten Grenzen und in Union mit Polen zunichte machen, erachten wir unterzeichneten Polen es für unsere nationale Pflicht, folgende Erklärung abzugeben:

Wilno ist schon seit Jahrhunderten eine polnische Stadt geworden und ist es auch heute, ebenso seine Umgebung. Nach den Ergebnissen der amtlichen deutschen Statistik aus der Kriegszeit zählt Wilno im ganzen 140 860 Einwohner, wovon 70 629 Polen, 61 245 Juden, während nur 3699 Litauer und 1917 Weißruthenen sind. (Nach einer anderen Berechnung beträgt die Anzahl der Polen in Wilno 74 466, die der Juden 57 516, die der Litauer 2909 und der Weißruthenen 611, bei einer Gesamteinwohnerzahl von 138 787.) Polnisch sind auch die umgebenden Kreise:

Kreise	Polen:	Litauer:	Weissruthenen:
Wilno	56 632	2 713	559
Szyrwinty . . .	42 759	11 471	255
Podbrodzie . . .	33 914	4 709	3188

Im ganzen Gouvernement Wilno leben 263 149 Polen und 118 188 Litauer, wobei die große Mehrzahl der letzteren nur den nordwestlichen Zipfel bewohnt, und 8083 Weißruthenen. (Nach einer anderen Berechnung aus der gleichen Zeit beträgt die Anzahl der Polen 266 986, der Litauer 117 398 und der Weißruthenen 6757.)

Ueberwiegend polnisch sind auch die weiteren in südlicher und westlicher Richtung gelegenen Kreise. Die Zusammensetzung der Bevölkerung und die ausschließlich polnische Kultur des Landes sprechen dafür, daß Wilno mit dem umgebenden Gebiet in einem jeden Falle dem polnischen Staate angehören muß. Dafür spricht auch die historische Tradition, die seit der litauisch-polnischen Union Jahrhunderte

hindurch lebendig geblieben ist. Dafür sprechen schließlich auch Reminiszenzen der jüngsten Vergangenheit, Erinnerungen, die gewöhnlich am stärksten in der Seele eines jeden Volkes zum Ausdurck kommen. Mit Wilno verbindet sich die Erinnerung an die berühmte polnische Universität und an Adam Mickiewicz. Jeder Pole weiß es und denkt mit Ehrfurcht daran, daß in Wilno im 19. Jahrhundert die polnische Romantik aufgeblüht war und mit ihr die neuzeitliche polnische Literatur, daß hier im Jahre 1863 die größte Zahl der Opfer im Kampf um die Unabhängigkeit des Vaterlandes gefallen war, daß im großen Buche der polnischen Märtyrologie Wilno die erste Stelle gebührt, daß in dem Lande südlich Wilnos die Wiege zweier historischen Persönlichkeiten gestanden hat, die dem polnischen Herzen am teuersten sind: Kosciuszko und Mickiewicz, daß dieses Land mit Wilno an der Spitze heiliger Boden der teuren historischen Legende Polens ist.

Wilno muß und sollte mit Warschau politisch verbunden werden. Eine Abtrennung Wilnos von Warschau wird unsere ganze Nation für einen schweren, gegen das Herz des polnischen Volkes gerichteten Schlag halten, für eine neue Teilung Polens erachten. Sollte eine solche Tatsache, gegen die wir nachdrücklichst protestieren, eintreten, so muß sie und wird in der ganzen polnischen Psychologie und in dem politischen Gedanken Polens die entsprechenden Konsequenzen in der Zukunft hervorrufen.

Warschau, den 31. Dezember 1917.

Alfons Parczewski, ehemaliger Abgeordneter des Gebietes Kalisch in sämtlichen russischen gesetzgeberischen Volksvertretungen, Dekan der juristischen Fakultät der Warschauer Universität, Stadtverordneter von Warschau.

Antoni Koczorowski, ehemal. Mitglied des Provisorischen Staatsrates.

Franz Prinz Radziwiłł, Chef der Warschauer Städtischen Miliz, ehem. Mitglied des Provisorischen Staatsrates.

Michal Łempicki, ehem. Abgeordneter der Reichsduma, ehem. Mitglied des Provisorischen Staatsrates, ehem. Direktor des Departements des Inneren, Stadtverordneter von Warschau.

Ludomir Grendyszyński, ehem. Mitglied des Provisorischen Staatsrates, Stadtverordneter von Warschau.

Kazimierz Natanson, Mitglied der Uebergangskommission des Provisorischen Staatsrates.

Władysław Studnicki, Schriftsteller, ehem. Mitglied des Provisorischen Staatsrates.

Stefan Dziewulski, Rechtsanwalt, Redakteur der Zeitschrift „Ekonomista".

Stanisław Drzierzbicki, ehem. Direktor des Finanzdepartements des Provisorischen Staatsrates, Vize-Präses der Landwirtschaftlichen Kreditanstalt.

Antoni Łuniewski, ehem. Mitglied des Provisorischen Staatsrates.

Prälat Jan Gnatowski.

Prälat Konstanty Bieńkowski.

Pfarrer Wincenty Bogacki, Magister der heiligen Gottesgelahrtheit, Redakteur des Wochenblatts „Zorza", Präfekt der Mittelschulen Warschaus.

Universitätsprofessor Dr. Antoni Kostanecki.

Dr. W. Miklaszewski, Professor der Hauptschule und der Warschauer Universität.

Universitätsprofessor Dr. Jan Tur.

Eugenjusz Jarra, Dozent der Warschauer Universität.

Jakob Glaß, Staatsanwalt am Obersten Gerichtshof, Dozent der Warschauer Universität.

Jan Jakob Litauer, Richter am Obersten königlich-polnischen Gerichtshof.

Antoni Żydek, Richter am Obersten Gerichtshof.

Dr. Ryszard Dożan, Richter am Obersten Gerichtshof.

Dr. Wichrowski, Richter am königlich-polnischen Appellationsgericht.

O. Szeller, Richter am Appellationsgericht.

St. Holewiński, Richter am Appellationsgericht.

Dr. Ludwik Bondy, Leiter der Erziehungsanstalt des Namens des Pfarrers Baudouin.

Adolf Suligowski, Vorsitzender der Warschauer Stadtverordnetenversammlung.

Ignacy Peszke, Direktor des Gymnasiums für Erwachsene.

L. Zawadzki, Ingenieur.

M. Ciemniewski, Leiter der Statistischen Abteilung der Stadt Warschau.

Tadeusz Plater-Zyberk.

Dr. med. Jerzy Gliński.

Kazimierz Drewnowski, Professor am Polytechnikum.

Edward Stojowski, Mitglied des Verwaltungsrates der Spar- und Darlehnsgesellschaft.

Dr. Feliks Młynarski, Redakteur des „Glos“.

Leon Klecki, Mitglied des General-Rates des Nationalen Zentrums.

Bronisław Szlubowski.

Karol Popiel, Redaktions-Sekretär des „Głos“.

Alexander Kraushar, Rechtsanwalt, Obmann der Gesellschaft der Liebhaber der Geschichtswissenschaft.

Konrad Olchowicz, Redakteur des „Kurjer Warszawski“.

Zygmunt Olchowicz.

A. Machlejd.

Tadeusz Kraushar, Rechtsanwalt.

Kazimierz Olszowski, Obmann des Klubs der Freunde der Staatswissenschaft.

Józef Wierniewicz, Vize-Präses des Hauptfürsorgerates.

Aleksander Grobicki, Rat der Hauptdirektion der Landwirtschaftlichen Kreditgesellschaft.

Marjan Zbrowski, Mitglied der Verfassungs- und Parlaments-Kommission, Stadtverordneter von Warschau.

Fürst Aleksander Drucki Lubecki, Obmann des Nationalen Zentrums.

Adam Graf Ronikier, Vize-Präses des Nationalen Zentrums.

Dr. Tadeusz Niementowski, ehem. Obmann des Bezirksrates und ehem. Mitglied des Reichsrates.

Bolesław Lutomski, Schriftsteller.

Jan Skotnicki, Kunstmaler.

Dr. Ludwik Zieliński, Obmann der Gruppe für aktive Politik, Stadtverordneter von Warschau und Vorsitzender der Subkommission für Finanzwesen des Stadtrates.

Dr. Stanisław Tarczyński, Stadtverordneter von Warschau.

Leon Berbecki, Ingenieur-Technolog.

Stanisław Downarowicz, General-Sekretär des Nationalen Zentrums, Ingenieur.

Wacław Dunin, Rechtsanwalt.

Tadeusz Krzyżanowski, Obmann der Verwaltung des Polnischen Schulvereins „Macierz Polska“ in Wolhynien und des Bürgerkomitees des Kreises Włodzimierz in Wolhynien.

Tadeusz Dworakowski, Sekretär des Bürgerkomitees des Kreises Włodzimierz und der Hauptverwaltung des Polnischen Schulvereins „Macierz Polska“ in Wolhynien.

Dr. med. Antoni Natanson.

Józef Natanson.

Zdzisław Ludkiewicz, Direktor der Abteilung für Agrarreform im Landwirtschaftministerium, Professor an den Kursen für höhere Verwaltungsbeamten.

Zygmunt Wójcicki, Professor der Lemberger Universität und Dozent der Universität Warschau.

Wacław Studnicki, Archivar der Stadt Wilno zur Zeit ihrer Selbstverwaltung.

Jan Sadlak, Obmann der Volksvereinigung und Mitglied des Aufsichtsrates der Feuerversicherungsgesellschaft.

Henryk Wyrzykowski, Sekretär der Volksvereinigung.

Karol Stawecki, Ingenieur, Mitglied der Direktion der Volksvereinigung, Vize-Präses der Wohltätigkeitsgesellschaft.

Piotr Biernacki.

Mikołaj Łażęcki, Mitglied der Volksvereinigung.

Antoni Piatkowski, Volks-Schriftsteller.

Kazimierz Janikowski, Journalist.

Antoni Jabłoński, Sekretär der Universität.

Wacław Rogowicz, II Sekretär der Universität.

Adam Jaczynowski, Direktor der Philologischen Schule.

Jan Hryckiewicz, Mittelschullehrer.

Witold Giełżynski, Schriftsteller.

Dr. Klemens Pawlikowski.

Konrad Chmielewski, Mittelschullehrer.

Dr. Kazimierz Zembrzuski, Fabrik-Direktor.

Dr. Kazimierz Białaszewicz, Mitglied der Wissenschaftlichen Gesellschaft.

Kazimierz Stołyhwo, wirkliches Mitglied der Wissenschaftlichen Gesellschaft, Vorsitzender der physiographischen Kommission.

Pfarrer Bolesław Rosiński, Assistent des anthropologischen Laboratoriums der Warschauer Wissenschaftlichen Gesellschaft.

Wladysław Gorczyński, Dr. phil.

W. Smosarski, Professor der Höheren Landwirtschaftlichen Schule, Mitglied der Wissenschaftlichen Gesellschaft.

B. Orla, Rittergutsbesitzer im Gouvernement Mińsk.

Jan Sosnowski, Universitätsprofessor und Professor an der Höheren Landwirtschaftlichen Schule, wirkliches Mitglied der Wissenschaftlichen Gesellschaft.

Jan Sienkiewicz, Assistent an der Höheren Landwirtschaftlichen Schule.

* * *

Erklärung der litauischen Polen.

Die litauischen Polen sandten am 21. Dezember v. J. aus Wilno folgende Erklärung an den Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Kühlmann:

Als Vertreter der vereinigten polnischen politischen Parteien Litauens, beehren wir uns, im Zusammenhang mit den beginnenden Friedensverhandlungen, Ew. Exzellenz die Wünsche der polnischen Bevölkerung unseres Landes zum Ausdruck zu bringen. Wir erlauben uns dabei, auf die von den verbündeten Regierungen der Zentralmächte sowie von der russischen Regierung verkündeten Grundsätze Bezug zu nehmen, daß nämlich der Friede geschlossen werden soll ohne Annexionen und daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete das Recht haben wird, über ihr Schicksal selbst zu bestimmen.

Das Bestreben der polnischen Bevölkerung Litauens besteht darin, daß das ganze besetzte Territorium des historischen Litauens nach dem Friedensschluß von beiden kriegführenden Teilen unabhängig sein möge.

Wir drücken die Hoffnung aus, daß dieser Wunsch bei den Friedensverhandlungen berücksichtigt werden wird.

Die Vertreter der vereinigten polnischen politischen Parteien Litauens: Marjan Graf Broel-Plater, Konrad Niedziałkowski, Witold Abramowicz, Ludwik Chomiński, Bronisław Umiastowski, Dr. Witold Węsławski.

Die Bolschewiki-Regierung, die Ukrainer und Polen.

Petersburger Brief.

Kopenhagen, im Januar 1918.

Das amtliche Blatt „Iswjestja" hat dem Schicksal Polens einen Aufsatz (vom 25. Dezember 1917) gewidmet, in dem hervorgehoben wird, daß der polnischen Frage eine hervorragende internationale Bedeutung zukommt, besonders für die revolutionäre russische Demokratie, und daß unter den mit den Friedensverhandlungen verbundenen Problemen die polnische Angelegenheit auf einem der ersten Plätze steht.

Die „Iswjestja" erklären, daß die polnische Frage im allgemeinen zu Beginn der russischen Revolution in der bekannten Proklamation des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates gelöst worden ist; diese Proklamation hat die Forderung der vollständigen Unabhängigkeit Polens in der inneren und äußeren Politik aufgestellt. Die inzwischen in der politischen Lage eingetretenen Aenderungen, nämlich die „Einleitung von Verhandlungen wegen Vereinigung Polens mit Oesterreich auf Grund eines föderativen Verhältnisses und wegen der Angliederung von Galizien an Polen zwischen den Regierungen der Zentralmächte und dem polnisch-bürgerlichen Staatsrat", sowie ferner der Uebergang der Regierung in Rußland „in die Hände der Arbeiter- und Bauernregierung" können nicht Ursache der Revision des polnischen Programms der russischen Regierung sein, sondern, im Gegenteil, sie zwingen die revolutionäre Demokratie, dieses Programm durchzeführen und führen günstige Bedingungen hierfür herbei.

Die Sowjetregierung wird also während der Friedensverhandlungen die Unabhängigkeit Polens verteidigen, indem sie ihre internationale Bedeutung und ihre Wichtigkeit für die russische Demokratie wohl versteht.

„Vom polnischen Standpunkt", so schreiben die „Iswjestja", „darf Polen weder den Interessen des russischen noch des deutschen Imperialismus dienen. Einer solchen Forderung kann nur ein unabhängiges Polen entsprechen. Die öffentliche Meinung sämtlicher Klassen und Stände Polens

beweist, daß die Friedensfrage dort der Frage der Existenz gleichkommt. Sowohl die Verteidigung der Unabhängigkeit des Staates wie die Entgegenarbeit den kriegerischen Absichten der Imperialisten sollte die breiten Massen der polnischen Bevölkerung dazu veranlassen, den Kampf der Internationale mit dem Imperialismus zu unterstützen.

„Da nun die geographische Lage Polen zwingt, im Falle eines Konfliktes inmitten der imperialistischen Staaten zu sein, hat seine Unabhängigkeit außerdem noch eine sehr bedeutende internationale Bedeutung.

„Die Unabhängigkeit Polens fließt aus seinem Recht der Selbstbestimmung heraus. Schon seit einem Jahre geht in Polen der Prozeß des energischen Staatsaufbaues vor sich, ein Prozeß, der dem deutschen und jedem anderen Imperialismus entschieden feindlich gesinnt ist. Die Unabhängigkeit Polens ist schließlich, wegen der großen natürlichen Reichtümer dieses Landes, den wirtschaftlichen Interessen Rußlands durchaus nicht entgegen, da auf diesem Gebiete für beide Teile günstige Vereinbarungen wahrscheinlich sind.

„Damit aber Polen eine wirkliche Bedeutung haben soll auf dem Gebiete der internationalen Politik sowie für Rußland, muß es eine mehr oder weniger solide politische Kraft verkörpern, d. h. es muß alle diejenigen Teile des ehemaligen polnischen Staates in sich vereinigen, die eine überwiegend polnische Bevölkerung haben, und es muß ein wirklich demokratisches Land werden.

„Ein demokratisches Polen würde geeignet sein, eine große geschichtliche Rolle zu spielen, sowohl in der Sache der Verteidigung seiner Vereinigung wie der staatlichen Unabhängigkeit, denn der Großkapitalismus und der Adel ist in Polen wie anderswo überall geneigt, mit den Imperialisten der großen Staaten Kompromisse zu schließen.

Die Verteidigung“, so schreiben die „Iswjestja“ weiter, „der Vereinigung Polens bei den Friedensverhandlungen ist nicht allein Sache der russischen Demokratie, sondern in noch höherem Grade des deutschen und österreichischen Proletariats, denn Galizien und die polnischen Länder Preußens befinden sich in den Händen der Feinde des Proletariats dieser

beiden Staaten, der deutschen und österreichischen Imperialisten.

„Die Vereinigung Galiziens mit dem Königreich Polen befindet sich schon lange auf der Tagesordnung in Oesterreich und in Deutschland, und der Plan der Vereinigung Polens mit Oesterreich auf föderativer Grundlage ist nichts wie eine Ausflucht der Imperialisten der Zentralmächte und bedeutet, daß diese der demokratischen Lösung aus dem Wege gehen wollen.

„Sollte es den Imperialisten selbst gelingen, mit dem polnischen Regentschaftsrat eine Verständigung einzugehen, so würde dies noch nicht eine Entscheidung zu ihren Gunsten bedeuten. Von dem Recht der Selbstbestimmung ausgehend, müssen wir verlangen, daß die breiten Massen in diesen Fragen ihren Willen zum Ausdruck bringen können.

„Schwieriger ist die Vereinigung des polnischen Preußens mit dem Königreich Polen. Hier wird dem deutschen Proletariat eine entscheidende Stimme zufallen. Das revolutionäre, demokratische Rußland fordert die Unabhängigkeit, Vereinigung und Demokratisierung Polens. Dem Proletariat der Zentralmächte wird es zukommen, in dieser Hinsicht Polen auf das entschiedenste zu unterstützen. Kategorisch fordern von ihm dies: 1. die Interessen seines Kampfes mit dem Imperialismus und 2. seine revolutionäre Pflicht gegenüber der Internationale, der russischen Revolution und dem polnischen Proletariats."

Das wäre der t h e o r e t i s c h e Standpunkt der Bolschewiki.

In der Wirklichkeit herrschen diese jetzt in Rußland aber mit dem ganzen Apparat des Terrors und der Verfolgung aller derjenigen, die nicht zu ihrem Lager gehören, und die breiten Massen des russischen Volkes warten gewissermaßen nur auf diesen Terror, um ihren wildesten Instinkten freien Lauf zu lassen.

Durch ein Dekret des Generalissimus Krylenko wurde das polnische militärische Korps aufgelöst, sodann hat die Regierung auch alle weiteren polnischen Institutionen aufgelöst. Es ist ungemein zu bedauern, daß ein Mann von

der Bedeutung Alexsander Lednickis aus der Liquidationskommission und ihrer Leitung entfernt worden ist. Sein Rücktritt bedeutet einen harten Schlag für das polnische Volk und die Demokratie; die neue Liquidationskommission wird nicht nur von der großen Allgemeinheit der Polen in Rußland, sondern selbst von der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.) nicht anerkannt.

Die sozialistische „Tribuna“ schreibt in der Nummer vom 24. November v. J. amtlich: Zum Kommissar für polnische Angelegenheiten wurde von seiten des Militär-Revolutionären Komitees der Genosse Leszczyński ernannt. Als Gehilfe dient ihm Genosse Cichawski. Aufgabe des Kommissiarates ist es, die revolutionären polnischen Kräfte zu organisieren, die Gegenrevolution zu bekämpfen und einen Plan der Demokratisierung der polnischen sozialen Institutionen auf breitester Grundlage auszuarbeiten. Außerdem hat das Kommissariat zwischen der polnischen Allgemeinheit und der Regierung der Volkskommissare zu vermitteln.

Die neue Liquidationskommission hat von der Bolschewiki-Regierung weite Vollmachten erhalten. Die „Iswjestja“ veröffentlichen folgendes Dekret:

„Die Kommissare aller Aemter werden bei der Herausgabe von Verfügungen, die polnische Angelegenheiten und besonders Angelegenheiten der polnischen Soldaten und Flüchtlinge betreffen, angewiesen, sich zuvor mit dem polnischen Kommissariat bei dem Volkskommissar für nationalistische Fragen zu verständigen.“

Einige Tage darauf wurde noch folgendes Dekret bekanntgegeben: „Zum Kommissar für nationale litauische Angelegenheiten wird Herr W. S. Mickiewicz-Kapsukas, zu seinem Gehilfen Herr Z. J. Aleksa-Angaretis ernannt.“

Der an der Spitze des polnischen Kommissiarats stehende Herr Juljan Leszczyński zählt 28 Jahre und stammt aus dem Königreich Polen (es ist nicht wahr, daß er Jude ist); er hat an der Krakauer Universität die historisch-philologische Fakultät absolviert, wurde mehrere Male verhaftet und verbannt und lebte vor dem Kriege in Kopenhagen, wo er über Literatur las. Im Jahre 1915 wollte er nach Warschau zurück-

kehren, doch wurde ihm dies seitens der deutschen Okkupationsbehörden nicht gestattet. Er ist natürlich Mitglied der sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen. Als weitere Kommissare figurieren Juljan Unszlicht und Felix Dzierzynski.

Die Bolschewikiregierung schützt natürlich die polnischen Güter nicht und versteht es nicht, die Soldaten und Bauern im Zaume zu halten. Morde und Plünderungen sind daher auch in ganz Rußland an der Tagesordnung. Niemand ist hier seines Lebens und seines Eigentums sicher. In Petersburg, in Moskau und überall in Rußland entstehen polnische Sicherheitsräte, die Pogromen entgegenwirken sollen; ihre Aufgabe ist aber sehr schwer, sie wenden sich daher flehentlich an die polnische Regierung, von der sie Schutz und Hilfe erwarten. Die fürchterlichsten Zustände herrschen im Süden, in der Ukraina. Es ist bekannt, daß wegen Kijew zwischen der ukrainischen Rada und der Bolschewikiregierung ein Kampf geführt wurde. Die Rada wurde einige Zeit von den Bolschewiki belagert, und auch im Lande fand sie bei der Bevölkerung keine Unterstützung. Damals warf sie den Bauern einen Köder hin in Gestalt der Ankündigung der Konfiszierung des Großgrundbesitzes über 50 Desjatinen (1 Desjatine = ca. 1 ha). Das war reinste Demagogie. Selbst das Komitee der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.) in Kijew hat gegen diese Verfügung der ukrainischen Republik — die es an und für sich sehr sympathisch begrüßt hat — Protest eingelegt. Die stürmischen Proteste sämtlicher polnischen Organisationen in der Ukraina haben die Rada bewogen, Erklärungen abzugeben, die einen Kompromiß bedeuten sollen, aber durchaus dunkel und zweideutig sind. Das Generalsekretariat hat in der Sitzung vom 26. November folgenden Kommentar zu dem „Universal“ der Rada beschlossen:

„1. Die Beseitigung des Eigentumsrechts bis zum Zeitpunkt der Einberufung einer Konstituante ist zu verstehen als Beschränkung des Verfügungsrechtes über den landwirtschaftlichen Besitz, d. h. sie soll Verkauf, Verschenkung und Verpfändung vorläufig aufhalten.

2. Die Enteignung ohne Entschädigung ist so zu verstehen, daß die Bauern das Land ohne Bezahlung ihrerseits erhalten; was aber die Entschädigung der bisherigen Eigentümer und der Abtragung ihrer Schulden anbetrifft, so werden diese Fragen durch die Konstituante entschieden werden.

3. Nach dem Wortlaut des Kommentars soll nur das enteignet werden, was landwirtschaftlichen Wert hat; also die Wohnhäuser, Gärten, Villen und industriellen Anlagen unterliegen keiner Enteignung."

Angesichts dieser teilweisen Aenderung des früheren Standpunktes der Rada hat der Generalsekretär für polnische Angelegenheiten, Herr W. Mickiewicz, erklärt, daß er nunmehr auf Annahme seines Demissionsgesuches, das die Rada abgelehnt hat, nicht mehr besteht. Lector.

Aus der neuesten deutschen Polenliteratur.

Von Prof Dr. A. Brückner.

Nulla dies sine linea — kein Tag verstreicht ohne Buch, Broschüre oder zum mindesten einen Artikel in irgendeiner europäischen Sprache über Polen, seine Orientierung, seine Zukunft, das meiste natürlich in dem zunächst interessierten Deutschland und seiner Sprache. In der Flut endloser Wiederholungen und schlecht informierter Berichterstattung, die ein Besprechen oder nur Registrieren kaum lohnen würde, ragen umfangreichere, ernstere Bücher von bleibenderem Werte hervor, die daher aus der Masse des Unbedeutenden Heraushebung verdienen, auf die die Aufmerksamkeit hinzuweisen ist, damit sie nicht, mit dieser Masse des Unfertigen und Flüchtigen vermischt, für immer untertauchen. Nur von solchen gewichtigeren Sachen sei im folgenden die Rede.

„Deutsche Bücher über Polen, ein Beitrag zu den Beziehungen zweier Nationen" von Dr. Paul Reiche, Breslau 1917 (Priebatsch's Verlagsbuchhandlung, VIII und 129 S.) eröffnet naturgemäß die Reihe. Das Buch soll eine Fortsetzung der bekannten und verdienstlichen Arnoldschen deutschen Polenliteratur von 1900 werden, die unvollendet blieb, ist es aber keinenfalls. Denn die Arnoldsche Erzählung war eine kontinuierliche, chronologische; das Buch Reiche's ist ganz unsystematisch nach Schlagworten geordnet, deren Aufeinanderfolge ganz unberechenbar ist; Polens Urgeschichte und mittelalterliche Geschichte kommt z. B. nach der preußischen Polenfrage zur Erwähnung; zum Glück ist S. VII f. eine Inhaltsübersicht gegeben, die allein ein Sichzurechtfinden in dem krausen Inhalt des Buches ermöglicht. Innerhalb der einzelnen Rubriken überwiegt

dann die chronologische Aufzählung, obwohl man mit mehr Recht die allgemeineren, namentlich bibliographischen Werke vorausgestellt sehen möchte; ich würde z. B. Völkers Buch, das ja nicht den Protestantismus in Polen, wie es auf seinem Titelblatt heißt, sondern nur dessen Bibliographie im Laufe der Jahrhunderte würdigte, an die Spitze des Artikels „Die Reformation Polens (welch' ungeschickter Titel!) in der Forschung", nicht an dessen Ende einreihen. Das Buch nennt und bespricht kurz die deutsche Polenliteratur des neunzehnten Jahrhunderts und bis 1916, ohne die belletristische, d. h. ohne die zahllosen Uebersetzungen zumal der modernen polnischen Belletristik und die heute zahlreicheren als je, leider auch unbedeutenderen deutschen polnische Motive behandelnden Werke, also nur die wissenschaftliche, populär-wissenschaftliche und publizistische Literatur der Neuzeit. Auch hierbei vermißt man einen einheitlichen Maßstab, man sieht nicht ein, warum einzelnes ausführlich, z. B. Cleinows Buch auf drei Seiten besprochen wird, während von anderen nur die Titel genannt werden. Auf Vollständigkeit war von vornherein nicht gerechnet; Bedeutenderes und Unbedeutenderes hätte man schon durch verschiedenen Druck sondern können. Es ist somit gegen Anlage und Durchführung des Ganzen Erhebliches einzuwenden.

Im einzelnen leuchtet das Buch oft in vergessene und versteckte Winkel hinein und fördert manch Interessantes zutage; aus verstaubten Bücherrepositorien wird wieder herausgeholt, was unverdientermaßen die Zeitgenossen nicht achteten, wovon die folgenden nichts mehr wußten. Aber durch die Verzettelung der Materie in Einzelrubriken gewinnt man keinerlei rechten Eindruck von dem Wechsel der öffentlichen Meinung in Deutschland gegenüber der polnischen Frage, der natürlich nur bei streng chronologischer, historischer Darstellung zu erlangen war; alles zerflattert in dem ständigen, unbegreiflichen Wechseln des Themas, in der willkürlichen Auswahl, in dem steten Zurückspringen von 1915 auf 1800. Drei Hauptwerken deutscher historischer Forschung, d. h. den Werken von Röpell, Caro, Zivier sind zusammen — f ü n f Zeilen gewidmet, während die ganz kleine, dafür desto tendenziösere Arbeit von Kaindl, „Polen", die die Teubnersche Sammlung nur entstellt — e l f Zeilen auf sich vereinigt. Ein gemeinsamer Maßstab ist unter solchen Umständen gar nicht auffindbar. Dagegen wirkt wohltuender nicht nur die erstrebte Objektivität des Verfassers, der auch „polnischen Aspirationen" entgegenzukommen sucht, obwohl ihm das nicht gelingt, weil er sich auf den fremden Standpunkt gar nicht zu stellen weiß, sondern auch eine gewisse Wärme und Frische der Darstellung, die, des trockenen Aufzählertones satt, in allgemeiner gehaltenen Aus- und Einführungen, sogar Gefühlssaiten zu spannen sucht. Der Verfasser erstrebt einen ehrlichen Verständigungsfrieden

zwischen Deutschen und Polen, und diese Tendenz mag die Lückenhaftigkeit, Flüchtigkeit, Unausgereiftheit seiner Arbeit, die mit dem Arnoldschen Werke keinerlei Vergleich auszuhalten vermag, einigermaßen aufwiegen; sie trägt sonst allzusehr den Stempel des Unfertigen, trotz aller interessanten Einzelheiten, die sie aus älterer Zeit zu bringen weiß; die Beschränktheit der Hilfsmittel und der Zeit des zum Heeresdienst Einberufenen entschuldigt übrigens vieles. Das eine Ziel, „dem deutschen Leser, der sich durch deutsche Lektüre ein Urteil über sein Nachbarvolk bilden will, ein bescheidener Wegweiser zu sein“, hat der Verfasser jedenfalls erreicht, das andere dagegen, „die Polenfrage auf Grund des deutschen Schrifttums in ihrer Eigenart zu erfassen“, nur gestreift; namentlich vermissen wir eins, was bei einem deutschen Verfasser besonders auffällt, den Nachweis nämlich, wie grundverschieden deutsche Einflüsse auf die drei Teilungsgebiete gewirkt haben, wie sich in jedem von diesen polnisches Wesen dem deutschen und umgekehrt entgegenstellte, welches die Folgen in der Vergangenheit und die Aussichten für die Zukunft sind.

Daß ich dem Verfasser nicht ungerechte Vorwürfe mache, beweist eine kurze Analyse von S. 89—91. Die beiden Abschnitte sind überschrieben „Polens Urgeschichte in polnischer Beleuchtung“ und „Polnische Geschichte im Mittelalter“ und beginnen mit des Deutschen Kaspar Zeuß berühmtem Buch über deutsche Urgeschichte, weil dieses an einer einzigen Stelle der Poloni gedenkt; dann wird die methodisch und philologisch gänzlich verunglückte Schrift von W. Ketrzyński, „Die Lygier“, (ohne ein kritisches Wort) genannt und darauf die ebenso methodisch und philologisch unmöglichen Schriften eines Ed. Bogusławski, der fälschlich als „Krakauer Professor“ bezeichnet wird; es folgt die Preisschrift von Zeißberg und ein paar Dissertationen sowie Aufsätze des Breslauers L. Schulte: eine ganze halbe Seite wird dessen letzter „Untersuchung“ über die Namensform Mieczko gewidmet, ein Absatz daraus, der noch dazu Falsches bringt, in extremo abgedruckt. Dann kommt eine andere Breslauer Dissertation und endlich neben diesen fachwissenschaftlichen Arbeiten die belletristische von A. Schulz (San Marte) über „Polens Vorzeit in Dichtung und Wahrheit“, die jedenfalls an die Spitze zu stellen war gemäß ihrem Inhalt, nicht erst hinter das „Testament des Bolesław Schiefmund von 1136“. Dagegen sind nicht an dieser Stelle genannt die grundlegenden deutschen Werke eines Röpell und Caro, die ganz wo anders ohne den geringsten Zusatz eines Wortes nur über ihren bleibenden Wert erwähnt wurden; es fehlt die Erwähnung der deutschen slavischen Altertümer von Schafarzik, die doch unendlich mehr als Zeuß über Polen handeln; es fehlen die weiteren Aufsätze von Zeißberg, Merwart u. a.; es fehlt namentlich die deutsche Uebersetzung des

grundlegenden Werkes von I. Sadowski über die griechischen und römischen Handelsstraßen im Flußgebiet der Oder und Weichsel; es fehlt jegliche Erwähnung von Krek's „Einleitung in die slavische Literaturgeschichte“ mit ihrer unendlichen Fülle aller möglichen einschlägigen Bibliographie (über alte Geschichte, Mythologie, Sitten, Märchen, Lieder, Rätsel usw.); es fehlt die Nennung einer sagekritischen Untersuchung über die polnische Mäuseturmsage, die ja gerade Deutsche interessieren dürfte usw. Ich kann daher Reiche's Werk nur als ersten Versuch bezeichnen, der gründlicher Umarbeitung und Ergänzung dringend bedarf, wenn er seine Aufgabe wirklich erschöpfen soll — aber wir, die man nie verwöhnte, sind auch für diesen Versuch zu Dank geneigt.

* * *

Von Bibliographie und Geschichte führt uns unser Weg zur Gegenwart und Politik. Da ist vor allem aus Teubners Verlag ein Sammelwerk zu nennen: Westrußland in seiner Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas, Leipzig und Berlin 1917, XXXII und 296 Seiten. Wir protestieren gleich gegen die Terminologie, die schon im Titel falsch ist (seit wann ist z. B. Finnland Westrußland? Der Titel müßte heißen: Die Grenzländer Rußlands; Westrußland ist etwas völlig anderes), und weiter falsch bleibt im Buche selbst, das von einem Zartum Polen (in falscher Uebersetzung des russischen Namens), oder nur von Wilna spricht (d. h. die russische Namensform für eine Stadt braucht, in der es keine Russen gibt!). Das Buch ist ein Sammelwerk, von verschiedenen, auch ungenannten Verfassern zusammengestellt und ausschließlich vom mitteleuropäischen, d. h. deutschen Standpunkt aus geschrieben.

Die Einleitung verfaßte M. Sering, von hoher Warte aus die welthistorischen Zusammenhänge mit markigen, wuchtigen Worten eindringlichst, überzeugend schildernd, im Grunde eine Anklageschrift gegen England. Der Hauptgedankengang bleibt: die drei Riesenimperien England, Rußland, Amerika bedrohen die Selbständigkeit der übrigen Nationen, drücken sie zu Vasallen herunter; soll sich Europa seine Eigenart, die gerade in dem ungestörten Nebeneinander großer und kleiner Nationen gipfelt, bewahren, muß sich eine Kraft diesen Imperien entgegenstemmen, die nur ein friedlich geeintes Mitteleuropa aufzubieten vermag und die Vorteile, die ein solcher wirtschaftlicher und politischer Bund allen seinen Teilnehmern bietet, werden beredt gepriesen. Der Wirkung dieser eindringlich überzeugenden Worte kann man sich nicht entziehen, aber der Wunsch bleibt der Vater des Gedankens, und es wird gar nicht untersucht, ob denn die Konstruktion eines Mitteleuropa außerhalb deutscher Kreise (in Deutschland und Oesterreich), denen eventuell Magyaren beizuzählen wären, wirklich werbende Kraft besitzt, ob sich nicht und warum außerhalb der deutsch-magyarischen Kreiise

stärkere Gegenströmungen hemmend dauernd einfinden und wie solche etwa zu beseitigen oder wenigstens zu schwächen wären: diese Widerstände ließ Sering unberücksichtigt. Spricht doch der Verfasser am Schlusse sogar von einer Möglichkeit, daß „ein mitteleuropäisch-russisches Bündnis entstehen (könnte), das dem angelsächsischen Weltherrschaftsblock die Wage halten, der Menschheit dauernd Freiheit und Frieden geben würde“. Trügen nicht alle Anzeichen, so scheinen die Russen lieber Vasallen der Angloamerikaner und Franzosen weiter bleiben zu wollen, als sich an Mitteleuropa anzuschließen. Und auch über das Warum dies? ließe sich vieles sagen, wenn der Burgfrieden nicht Stillschweigen auferlegte. Sogar Finnland dachte nicht an ein Abstreifen seiner Zusammengehörigkeit zu Rußland, wahrte sich und seine alte, verletzte Autonomie, und über eine föderative Republik Rußland gehen auch die weitestgehenden Ansprüche und Träume der Finnen, Esten, Letten wie der sog. Ukrainer niemals heraus — wo bleibt Mitteleuropa? In seinen Wein ist sehr viel Wasser zu schütten.

Das Buch selbst gliedert sich in die Abschnitte: Finnland; die baltischen Provinzen; Polen; die Ukraine; das deutsche Kolonistentum in Rußland; die Ostjudenfrage; Agrarfrage und Agrarreform in Rußland; jeder Abschnitt bespricht getrennt die geographischen und wirtschaftlichen Grundlagen, Ethnographisches und Geschichtliches sowie die durch den Weltkrieg geschaffenen Verhältnisse und Ausblicke — alles natürlich vom ausschließlichen Standpunkte deutscher Interessen aus. Wir besprechen selbstverständlich, mit Auslassen von fünf Abschnitten, nur die vier uns näher angehenden, schließen jedoch auch aus diesen vieren noch Litauen aus, weil wir diesen Abschnitt im Zusammenhange mit andern deutschen Publikationen über Litauen besonders behandeln wollen; somit bleiben uns nur drei Abschnitte übrig.

Der Abschnitt „Ukraine“, gezeichnet von Axel Schmidt, tischt dem deutschen Leser die bekannten „ukrainischen“ Märchen auf und vermehrt sie um eigene; so lesen wir z. B. auf S. 135 von einem westeuropäischen Einfluß, der nach Kleinrußland „unmittelbar durch die zahlreichen deutschen Kolonien (15. und 16. Jahrhundert) und durch die zahlreichen ukrainischen Studierenden an den westeuropäischen Universitäten (dieselbe Zeit) gekommen wäre; die „zahlreichen Studierenden“ lösen sich faktisch in einen einzigen auf, der noch dazu Weißrusse, ja nicht Kleinrusse war (Skorina), und kam etwa ein Fürst Słuckij zu den Jesuiten nach Ingolstadt, so fühlte er sich und gab sich nur als Pole aus; die Behauptung Axel Schmidts ist somit reinste Phantasie. Ebenso phantastisch ist seine Terminologie; es hat nie einen „ukrainischen“ Staat (außer in der Phantasie von Zeitungsschreibern) gegeben, wohl aber einen alten Kiewer Staat, der schon seit der Mitte des

12. Jahrhunderts bis zur Zerstörung Kiews 1240 nur noch „fortwurstelte“, von niemand beachtet, weil in Nord und West von ihm kräftigere russische Staaten erstanden waren. Aber im Westen und in Kiew hörte im 14. Jahrhundert eigenes staatliche Leben für immer völlig auf und damals wurde folgerichtig in Konstantinopel der Name „Kleinrußland“ für alle diese Gebiete geprägt, der einzige historische Name, den es je für die sog. „Ukraine“ von heute gegeben hat; von diesem Namen hat der Verfasser phantasiert (S. 149), daß ihn erst Peter der Große „der Ukraine beigelegt habe“, während sie ihn immer besessen hat. Weißrußland wird vom Verfasser einfach unterschlagen, und wir lesen staunend auf S. 143: „die Litauer nahmen mit dem orthodoxen Glauben (den sie eben gar nicht annahmen! sie nahmen ja den katholischen an — bis auf einige wenige, meist Fürsten), auch manche ukrainische Sitten und Gebräuche, ja zum Teil auch die Sprache an“ (sogar die „Ukrainer“ haben nie etwas derartiges behauptet, denn das Litauisch-russisch ist eben Weißrussisch und kein Kleinrussisch). Aber die Phantasien des Verfassers können uns nicht wundern, da er auf dem „Leipziger Tageblatt“, auf Axel Richter und einigen „ukrainischen“ Artikeln beruht; es wäre überflüssig, weiter mit seinen historischen, sprachlichen, ethnographischen Fiktionen zu polemisieren, aber sie reizen unwillkürlich nur zum Spott, z. B. was er auf S. 149 über eine „kirchenslawonische“ und eine „kirchenslawische“ Liturgie entdeckt hat, was natürlich nur dem passieren konnte, der über alle diese Verhältnisse desto sicherer urteilt, je weniger er davon versteht. Daß er sich in deutschem Interesse für einen von Rußland völlig getrennten „ukrainischen“ Staat begeistert, ist selbstverständlich; es scheint nur, daß die „Ukrainer“ selbst gar nicht daran denken, ihm diesen Gefallen zu tun. Unlängst noch hat der ukrainische Zentralrat in Kiew jede Berührung mit dem „Bund zur Befreiung der Ukraine“ ausdrücklichst von sich abgeschüttelt, die Führer dieses „Bundes“, als von niemand beglaubigte, noch anerkannte Prätendenten, ohne jeden Anhang und Bedeutung, öffentlich bezeichnet und damit das Treiben der Wiener Herren, die die deutsche Presse und Publikum an der Nase ungestraft herumführen durften, nach Gebühr bezeichnet. Der „ukrainische“ Staat, falls er gebildet würde, würde nur nach Rußland gravitieren und eine schwere Gefahr für Oesterreich bedeuten, da er die Vereinigung aller Kleinrussen, d. h. die Losreißung Ostgaliziens (oder gar auch noch der ungarischen Karpathoruthenen) auf sein offizielles Programm setzen würde, wie dies der Zentralrat bereits offen ausgesprochen hat. Es scheint somit höchst überflüssig, den Bedingungen nachzugehen und fragen, ob denn ein „ukrainischer“ Staat überhaupt möglich ist, existieren kann u. dgl. m., da dieser Staat nach Sprache und Glauben, nach Tradition und Bildung, nach Vergangenheit und Gegenwart nur

gegen Mitteleuropa im allgemeinen und gegen Oesterreich-Ungarn im speziellen orientiert sein könnte. Interessierte Kreise möchten diese Binsenwahrheit nach Kräften unterdrücken, nur ändert dies nichts an den Tatsachen. Die 40 Millionen „Ukrainer“ (unlängst waren es nur über 30, aber „wir“ sind über solche Kleinigkeiten erhaben), von Rußland losgesplittert und gegen Rußland gekehrt, würden, das bestreitet niemand, Rußlands Ruin bedeuten, aber zwischen unserm bloßen Wunsch und der Wirklichkeit klafft eine unausfüllbare Lücke, wozu sich also in bloßen Illusionen einwiegen? Ungetrübter Augenschein lehrt, daß von den Kleinrussen nichts gegen die Großrussen außer in bloßen Autonomieforderungen, eventuell in Föderativgedanken) unternommen werden wird — lassen wir uns somit keinen blauen Dunst mehr vormachen und verweisen den Anschluß Kleinrußlands an Mitteleuropa, wohin er gehört, d. h. in das Gebiet der reinen Fabel.

(Schluß folgt.)

NOTIZEN.

Politisches.

Fürst Ysenburg, der Chef der Militärverwaltung in Litauen, ist von diesem Amte enthoben worden.

* * *

Durch Verfügung des Oberbefehlshabers Ost wurden, einem Privat-Telegramm zufolge, die Kreise Augustowo und Suwalki aufgelöst und dafür die selbständige Militärverwaltung Suwalki gebildet.

* * *

Der Vertreter der österreichisch-ungarischen Militärverwaltung in Warschau. Infolge Bildung der polnischen Regierung musste ein Verbindungsglied zwischen dieser Regierung und der k. und k. Militärverwaltung in Lublin geschaffen werden. Zu diesem Zwecke wurde der Posten des bisherigen k. und k. Staatskommissars bei dem Provisorischen Staatsrat in das Amt eines Delegierten der k. und k. Militärverwaltung in Polen verwandelt und zu seinem Träger der Herr Statthalterschaftsrat Dr. Stefan Iszkowski ernannt. Dr. Iszkowski wird mitsamt seinem Büro der Repräsentation des österreichisch-ungarischen Ministeriums zugeteilt werden.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: F. Zalachowski, Charlottenburg.
Druck: Otto Dreyer, Berlin W 57, Kurfürstenstrasse 19.